

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 18. Nov. Der gesetzgebende Körper hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschloffen, die dringende Aufforderung an den Senat zu richten, den bisherigen Erbprinzen von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg anzuerkennen und diese Anerkennung durch den frankfurter Bundestagsgesandten bei dem Bundestage aufs dringendste zu beantragen und zu fördern.

Kopenhagen, 18. Nov. In einer außerordentlichen Sitzung des Reichsrathes theilte der Conferenzpräsident Minister Hall die eben erfolgte königliche Unterzeichnung des Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig mit. Der Präsident des Reichsrathes brachte darauf ein Hoch auf den König aus, das von den Mitgliedern wie auf den dichtgedrängten Tribünen einen donnernden, unendlichen Widerhall fand.

Ein weiterer Vorschlag des Präsidenten, der Reichsrath möge dem Könige morgen nach erhaltener allerhöchster Erlaubniß seinen Glückwunsch und Dankagung in corpore darbringen, wurde mit Acclamation angenommen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Herrenhauses (18. November).

Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Tribünen, insbesondere auch die den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses reservirten, sind zahlreich besetzt. In der königl. Loge Feldmarschall v. Wrangel, Kammerherr, Schloßhauptmann v. Alder; in der Diplomaten-Loge Abg. Febr. v. v. Heintz.

Unter den am Saale anwesenden Mitgliedern bemerken wir Staatsminister a. D. v. Bernuth, Febr. v. Diergardt, Unterstaatssecretär a. D. v. Gruner, Professor Zellkamp u. A.; entschuldigend ist Dr. Brüggemann. Am Ministerische: Graf Eulenburg, Graf Hohenhausen, Graf zur Lippe, v. Roon, Regierungs-Präsident Dr. Jacobi, Geh. Ober-Justizrath Meyer.

Nach den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen (Entschuldigungsschreiben, Constitution des Abgeordnetenhauses, der Abtheilungen und Commissionen) wird vom Präsidenten angezeigt, daß drei der gewählten Schriftführer erklärt hätten, dauernd verhindert zu sein, die Pflichten ihres Amtes zu übernehmen und wird das Haus nach Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung die Neuwahlen vornehmen. Es wird darauf ein Schreiben des Ministers des Innern vorgelesen, worin derselbe über die im Personal des Hauses in diesem Jahre erfolgten Veränderungen Mittheilung macht; das Schreiben geht an die Reichscommission. (Die letzte desfallsige Mittheilung ist durch Schreiben vom 16. Januar erfolgt.)

Sanitätsminister Graf Hohenhausen legt die bereits neulich im Hause der Abgeordneten eingebrachte Verordnungs-Entwurf, betreffend das Zusammenstoßen der Schiffe auf hoher See zur verfassungsmäßigen Genehmigung vor; nebst einer Denkschrift, welche die Motive erläutert. Diese Verordnung wird der demnächst zu wählenden Commission für Handel und Gewerbe zur Vorberatung überwiesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der bereits besprochene Commissions-Bericht über die Presseverordnung vom 1. Juni d. J. Bericht-erstatte v. Daniels recapitulirt ausführlich den Inhalt des Berichts: Der erste Antrag der Commission, der Verordnung vom 1. Juni die Genehmigung zu ertheilen, sei einstimmig gefaßt worden, der zweite, welcher die Aufrechterhaltung der Verordnung bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Presse verlangt, mit allen gegen eine Stimme. Die Anträge seien formell und sachlich motivirt. Die Verordnung sei vom gemeinsamen Staatsministerium gegengezeichnet, in gehöriger Weise verkündet und verlosse in keiner Weise gegen irgend eine Bestimmung der Verfassung. Artikel 27 der Verfassungs-Urkunde sichere Freiheit der Gedankenmittheilung zu; diese Freiheit werde durch die Verordnung nicht beeinträchtigt; sie sei überhaupt nicht gegen die Presse im Ganzen, sondern nur gegen einen Theil der Presse gerichtet, gegen Zeitungen und Zeitschriften. Es lasse dieser Artikel Beschränkungen zur Verhütung des Mißbrauchs im Wege der Geseßgebung zu; was hier von der Geseßgebung gefaßt sei, müsse ebenso auf die ordentliche Geseßgebung (Art. 62), wie auf den Fall bezogen werden, wo die Staatsregierung in die Nothwendigkeit komme, von den ihr durch Art. 63 beigelagten Befugnissen Gebrauch zu machen. Was die Worte des Art. 63 „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ betreffe, so verheße es die Commission anders als ein von einer Justizfalschheit abgegebenes Gutachten; nämlich nicht bloß das Ausbrechen eines offenen Aufstandes, sondern jede Störung des öffentlichen Friedens, jede Aufregung zu gegenseitiger Haffe unter den Staatsangehörigen. Eine Abhilfe sei dringend erforderlich gewesen, denn so zahlreich seien die Richter nicht, um jede solche Störung, so schnell, wie es notwendig sei, zu ahnden; fortgesetzte Pressproceße würden nur zu neuen strafbaren Zeitungsartikeln geführt haben, eine Vernehmung des Richterstandes, vielleicht gar eine „Reorganisation“ auch auf diesem Gebiete wäre nöthig geworden.

Herr Zellkamp: Es fragt sich, ob die vorliegende Verordnung vom 1. Juni d. J. verfassungsmäßig oder verfassungswidrig sei? Bekanntlich sagt der Art. 62 der Verfassung, daß zu jedem Geseße die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags erforderlich ist, und Artikel 63 der Verfassung, auf den sich die vorliegende Verordnung stützt, macht hier von einer Ausnahme „nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befestigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert.“

Zur Zeit des Erlasses der fraglichen Verordnung hat bekanntlich überall die öffentliche Sicherheit ungestört geherrscht, und die Regierung hat nicht den Nachweis geführt, daß damals ein „ungewöhnlicher Nothstand“ wirklich eingetreten sei. Die Begründung für die Verordnung fehlt daher. Dürften einstweilige Verordnungen bei jeder Befürchtung oder bei jedem unbequemen Zustande erlassen werden, so würde damit der Hauptgrundsatz aller verfassungsmäßigen Lebens in Frage gestellt, daß zu jedem Geseße die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags erforderlich ist. Hier gilt's also: obsta principiis, damit der Fall dieser Verordnung nicht zu einem Präcedenz-Falle für die Zukunft werde. Dies ist das Hauptinteresse bei der gegenwärtigen Frage.

Der Artikel 63 der Verfassung bestimmt ferner, daß eine derartige Verordnung „der Verfassung nicht zuwiderlaufen dürfe.“ Die Verfassung gewährt die Pressefreiheit und faßt im Art. 27 ausdrücklich, daß Beschränkung derselben nur im Wege der Geseßgebung, also auf keinem anderen Wege, auch nicht dem octroyirten Verordnungen, zulässig sei. Die Verfassung sagt ferner im Art. 28, daß Pressvergehen nur nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen sind, und hat hiernach die Presse den Eingriffen der Verwaltungsbehörden entzogen und nur unter das Urtheil der Gerichte gestellt. Diefem Art. 28 der Verfassung widerspricht geradezu die Verordnung vom 1. Juni, indem sie neben die Strafgesetze, welche durch die Gerichte angewandt werden, cumuliend ein neues Strafsystem stellt, das durch die Verwaltungsbehörden gegen die Presse angewandt werden soll — und sie widerspricht hiermit außerdem den Artikeln 7 und 8 der Verfassung, wonach Niemand seinem gesetzlich Richter entzogen werden darf, und Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen unstatthaft sind, und wonach Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden dürfen. Nach dem Wortlaute der Verfassung ist also offenbar die vorliegende Verordnung vom 1. Juni verfassungswidrig. Die Genehmigung kann ihr also nicht ertheilt werden. Die Commission beantragt, sie so lange in Kraft zu erhalten, bis andere gesetzliche Bestimmungen in Wirklichkeit treten können. Dies wird von den Beschlüssen beider Häuser des Landtages abhängen. Sollte eines der beiden Häuser seine Genehmigung der vorliegenden Verordnung verweigern, so würde dieselbe dann sofort ebenfalls wirkungslos sein, wie irgend eine andere Vorlage, der die Uebereinstimmung der drei Factoren der Geseßgebung fehlt. Ich bitte, der vorliegenden Verordnung vom 1. Juni die Genehmigung nicht zu ertheilen und den Antrag der Commission abzulehnen.

Graf Krassow: Er befinde sich in fast allen Punkten im vollen Widerspruch mit dem Vorredner; er halte den Erlass solcher Verordnungen für unmöglich, wenn die Staatsregierung sich des Erfolges derselben und wenn sie der Zustimmung beider Häuser des Landtags nicht gewiß sei. In dieser Beziehung werde die Regierung wohl ernst mit sich zu Rathe gegangen sein. Fehle der Erfolg oder die Zustimmung beider Häuser des Landtags, so sei die Regierung in Gefahr, eine moralische Niederlage zu erleiden. Es sei bei uns ein Prekariat eingetretten gewesen, wie in keinem andern europäischen Staate; in keinem andern Staate, mit Ausnahme vielleicht von Nordamerika, dessen Zustände der Vorredner wahrscheinlich besser kenne als er selbst, habe ein so empörender Prekariat bestanden, und es sei gelungen, die Tagespresse dahin zu bringen, daß sie sich wenigstens zu einem Scheine des Anstandes bequeme habe. Der Erfolg sei aber noch ein ungenügender, und es bestände noch eine große Anzahl von Schandblättern, — er nenne nur eins davon, die hiesige „Volkszeitung“. Er erkenne deshalb eine absolute Nothwendigkeit zum Erlasse der Verordnung an, denn die Presse sei bei uns thatsächlich straflos gewesen, da die Strafgesetze gegen sie in so loser Weise gehandhabt worden wären, daß die Strafen, wenn ja einmal solche erkannt worden seien, eher den Charakter einer Prämierung als einer empfindlichen Strafe an sich getragen hätten; denn die Verurtheilung zu einer kleinen Geldstrafe hätte die Aufmerksamkeit des Publikums erst recht auf die betreffende Zeitung gelenkt und derselben mehr Vortheile gebracht, als die Strafe selbst hätte.

Er halte die Verordnung vom 1. Juni auch für verfassungsmäßig; wenn die Verfassung sage, daß Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes erkannt werden dürfen, so frage es sich doch, ob die Verordnung nicht ein Gesetz sei, Geseßkraft habe sie wenigstens. Die Verordnung strafe aber auch gar nicht; die Concessionsentziehung sei keine Strafe; sie könne vielleicht den davon Betroffenen sehr unangenehm berühren, aber eine Strafe im juristischen Sinne sei sie nicht. Was den Nothstand betreffe, so glaube er, daß derselbe in vollem Maße vorhanden sei. Wäre die Verordnung nur streng und ernst gehandhabt worden, so würde der Erfolg noch ein größerer gewesen sein. Thatsache sei es, daß ein großer Theil unserer Richter in politischer Beziehung einer extremen, demokratischen Richtung angehöre, und wenn er die Unparteilichkeit unserer Richter auch noch so hoch halte, so glaube er doch, daß es eine Grenze der Unparteilichkeit gebe, denn absolut unparteilich sei kein Mensch. Daß ein Richter, der eine politische Parlaments- oder Clubrede gehalten habe, und in einer Zeitung einen Wiederhall dieser Rede fände, in dieser daselbe, was er selbst ausgesprochen habe, als strafbar annehmen, das das andere Haus die Verordnung verwerfen werde; je wärmerer Freund einer geordneten Pressefreiheit er sei, um so mehr wünsche er, daß die Zeitungsredacture die wiedererlangte größere Freiheit dazu benutzten, sich selbst Schranken anzulegen, nicht aber wieder einen so schrankenlosen Gebrauch von der Freiheit zu machen, wie dies früher geschehen ist. Die Folge werde die sein, daß in Zukunft eine noch weit schärfere und durchgreifendere Beschränkung der Pressefreiheit eintreten müßte, denn mit einer straflosen Presse lasse sich nicht regieren. (Die Minister v. Bodelschwingh und v. Seelow sind inzwischen eingetreten.)

Hr. Blücher: Es sei Thatsache, daß die Aufregung in der Presse, aus unserem inneren Conflicte Nahrung ziehend, weit gegangen sei, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Absichten der Regierung gerichtet habe. Letztere habe durch die Presseverordnung ruhige Besonnenheit herstellen und die Lösung des Conflicts anstreben wollen. Das Vorhandensein des Conflicts sei auch von der Commission anerkannt, denn der Commissionsantrag sage ausdrücklich, die Verordnung sei erlassen worden zu einer Zeit der Verschiedenheit des Verhältnisses gegenseitiger Rechte und Ansprüche zwischen der königl. Staatsregierung und einem Theile der Landesvertretung. Die Presseverordnung schließe sich, befuhr einer Bestrafung der Ausbreitungen der Presse, nicht an einzelne Paragraphen des Strafgesetzbuches an, sondern verweise das Urtheil auf die Gesamthaltung eines Blattes. Ob nun aber die Gesamthaltung einer Zeitung ein regierungswidriges Verbrechen erkennen lasse, das unterliege einer völlig subjectiven Beurtheilung, und diese sei so schwierig, daß Beispiele von Gegenständen in der Beurtheilung ganz nahe liegen. Der Commissionsbericht sage, der Nothstand habe keine weitere Veränderung erlitten, als daß jetzt beide Häuser versammelt seien, und es werde die Gefahr nur wachsen, wenn die Nothelle sich nicht unmittelbar als Gesetz an die Verordnung anschließe.

Dem gegenüber sage die Regierung in ihrer Denkschrift, die Hoffnungen, welche sie auf die Wirkung der Verordnung gesetzt, seien im Ganzen nicht getäuscht worden. Wenn nun nach Auffassung der Commission, diese Hoffnungen der Staatsregierung dennoch als getäuscht erschienen, so gingen offenbar die Ansichten der Commission und der Regierung in diesem Punkte auseinander. — Die Presnobelle gebe die Cognition über Pressvergehen dem ordentlichen Richter weiter; nun sei nicht abzusehen, warum dasselbe nicht seit dem 1. Juni d. J. ebenso gut möglich gewesen sei. Warum solle der Richter nicht ebenso gut auch allemal die Gesamthaltung eines Blattes beurtheilen können? — Der durch die Verordnung eingeleitete Zustand sei so fern nachtheilig für die Achtung vor der Regierung, als dieselbe danach als Richter in eigener Sache erscheine; er sei auch unheilvoll für den Frieden, den wiederherstellen der lebhafteste Wunsch der Regierung sei. Er müsse sich deshalb gegen die Commission erklären, wenn gleich er Ausbreitungen — auf beiden Seiten — nicht leugnen könne. Die Gefahr sei übrigens nicht so groß, wie man sie darstelle. Und wenn wirklich, so liege im Kampfe der freien Meinungsäußerung, auch wieder die Hilfe, man müsse doch vertrauen, daß der Gerechtigkeitssinn endlich siegreich durchbrechen werde. Es werde ihm schwer, aber er müsse der Wahrheit die Ehre geben und gegen die Anträge der Commission stimmen.

Dr. v. Zander rügt zunächst, daß der Widerspruch eines Mitgliedes der Commission (Dr. Brüggemann) gegen den zweiten Antrag der Commission, den dasselbe schriftlich in den Bericht aufzunehmen beantragt hat, in dem Bericht nicht abgedruckt sei. Er entlege sich deshalb des Auftrags, den ihm das heute am Erscheinen verhinderte Commissionsmitglied gegeben, die Gründe dieses Widerspruches mitzutheilen. Dasselbe habe den zweiten Antrag für über die Competenz der Commission hinausgehend gehalten, jedenfalls aber nicht in die Beratungen über die Presseverordnung, sondern in die über die Presnobelle gehörend. Ferner glaube das Mitglied, daß durch den zweiten Antrag die Meinung entstehen könne, das Herrenhaus wolle dem Ministerium die Anregung zu einer Verfassungswidrigkeit geben, nämlich die Verordnung auch dann weiter gelten zu lassen, wenn ein Factor der Geseßgebung die erforderliche Genehmigung nicht ertheile. Die übrigen Mitglieder der Commission seien durch diese Motive nicht bestimmt worden, dem zweiten Antrage ihre Genehmigung zu verweigern. Sie hätten namentlich nicht geglaubt, durch den zweiten Antrag die legitime Anregung zur etwaigen Verfassungsberlegung zu geben. Er selbst habe für beide Anträge gestimmt. Er bitte indeß mit Rücksicht auf den erwähnten Widerspruch, bei der Abstimmung eine Trennung beider Anträge eintreten zu lassen.

Was die Verordnung selbst betreffe, so halte er die Erfordernisse des Art. 63 der Verfassung für vollkommen gewahrt. Der Inhalt der Verordnung sei nicht über das Maß dessen hinausgegangen, was zur Erreichung des Zweckes notwendig sei. Einen erheblichen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung hätten ihm Anfangs die Art. 7 und 8 der Verfassung eingegeben, welche bestimmten, daß Niemand seinem gesetzlich Richter entzogen und daß Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden dürften. Der Zweifel sei aber nicht begründet, denn da nach Art. 63 die Verordnung Geseßkraft habe, so seien eben vom Erlasse derselben ab die Verwaltungsbehörden die gesetzlich Richter geworden. Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit sei daher nicht gerechtfertigt. Die Verordnung habe eben so gut gewirkt, als sie notwendig gewesen sei; er bitte dieselbe daher zu genehmigen.

Dr. v. Daniels erklärt in einer thatsächlichen Berichtigung, daß im Bericht beim zweiten Antrage ausdrücklich constatirt sei, daß der betreffende Beschluß mit allen gegen eine Stimme gefaßt worden sei; Hr. v. Meding tritt ihm in einer längeren Auslassung bei; eine innere Differenz habe aber zwischen Hrn. Brüggemann und den andern Commissionsmitgliedern nicht geherrscht; man möge also auch nicht den Schein einer solchen erregen.

Herr Camphausen (Köln): Die Commission schlage vor: 1) der Verordnung die Genehmigung zu ertheilen, und 2) dieselbe so lange in Wirklichkeit zu lassen, bis die Nothelle zum Pressegesetz von beiden Häusern des

Landtages genehmigt sei, und dies am Tage vor der Beratung der Presseverordnung in anderen Hause. Jedermann wisse, daß dieser beschleunigte Beschluß auf die Entscheidung der Angelegenheit selbst keinen Einfluß ausüben könne, weil beide Häuser des Landtages einen übereinstimmenden Beschluß fassen müßten. Wahrscheinlich also wolle man eine Umstimmung der Ansichten des anderen Hauses bezwecken. Es könne in Zweifel gezogen werden, ob es weise sei, ohne Noth zu einer Rundgebung überzugehen, welche eine weitergehende Differenz der Ansichten des Herrenhauses mit der öffentlichen Meinung herausstellen würde, als bis jetzt der Fall gewesen. Er werde sich nicht bemühen, fruchtlos davon abzumachen. Es sei zu einleuchtend, daß die Verfassung nicht die Bedeutung habe, daß ein Gesetz, zu welchem die Minister die Zustimmung des Landtages nicht erhalten konnten, unmittelbar nach dem Schluß der Kammern als Verordnung erlassen werden könne. Es möge dies zum Fortbestande des Ministeriums notwendig gewesen sein und in solcher Weise vielleicht ein ministerieller Nothstand vorhanden gewesen sein (Heiterkeit); einen solchen Nothstand könne aber die Verfassung nicht.

Unzweifelhaft sei die Regierungskunst eine leichte, wenn nur gedruckt werden dürfe, was der Regierung gefalle. Bekanntlich werde in Frankreich der Napoleonismus erst dann für befestigt erachtet, wenn er die Pressefreiheit ertragen könne. In der Sache selbst schließe er sich der früheren Majorität des Herrenhauses vom Jahre 1860 an, als das Herrenhaus beschloß, die Gewalt, welche die Verwaltungsbehörden vermöge administrativer Befugnisse über die Presse üben konnten, durch eine Declaration aufzuheben. Damals habe sich ein Mitglied der gegenwärtigen Commission dahin geäußert, daß wir die Pressefreiheit nicht entbehren könnten, und unsere berechtigten Eroberungen in Deutschland könnten wir nur machen, wenn vor dem Volke seine Rechte und Freiheiten entwickelt würden; zu einer solchen Entwicklung sei aber eine Freiheit der Presse unumgänglich erforderlich. Der Beschluß sei damals mit großer Majorität gefaßt worden. In der Uebereinstimmung mit dieser großen Majorität stimme er gegen die Anträge der Commission. Uebrigens stimme er mit dem Wunsche überein, daß die Presse in der gegenwärtigen Erfahrung eine erste Mahnung finden möge, einen besonnenen Gebrauch von der Pressefreiheit zu machen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zur Eulenburg: Der Vorredner habe geäußert, es habe zur Zeit des Erlasses der Verordnung möglicherweise ein ministerieller Nothstand, gewiß kein Nothstand im Sinne der Verfassungs-Urkunde bestanden. Was unter „Nothstand“ zu verstehen sei, sei ein durchaus relativer Begriff; die Regierung habe die Zustände für dazu angethan gehalten, einen Nothstand als vorhanden anzunehmen; die Häuser hätten, nachdem ihnen die Verordnung vorgelegt sei, zu prüfen, ob sie ihrerseits jenen Nothstand anerkennen wollen oder nicht. Bei dem Erlasse der Verordnung habe sich das Land in einer Erregtheit befunden, die weit über die natürlichen Grenzhinausgegangen sei, und die Reg. habe sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß diese Erregtheit zum Theil eine künstliche, durch die Ausbreitungen der Presse hervorgerufene sei. Die Regierung habe sich nicht verhehlt, daß ein „Nothstand“ nicht bloß in den Formen des Auftrubs, überhaupt äußerlich hervortretender Zustände sich kundgeben könne, sondern daß es ein noch weit gefährlicherer Nothstand sei, welcher an dem Gewissen und der Ueberzeugung des Volks nage (Prävo). Aus diesen Gründen habe das Staatsministerium sich einstimmig dafür entschieden, daß ein Nothstand vorhanden sei. Von einem ministeriellen Nothstand, das wolle er zum Schluß nochmals hervorheben, sei keine Rede gewesen; das Ministerium sei bereit, in dem Augenblicke sein Amt niederzulegen, wo es glaube, daß dadurch der Nothstand, in dem sich leider das Land jetzt befinde, abgeleitet werden könne (Prävo!).

Herr v. Senff-Bilsack. Wenn ein Vorredner gesagt habe, die Presseverordnung müsse aufgehoben werden, wenn auch nur ein Factor der Geseßgebung nicht zustimme, so müsse er bemerken, daß sie ihre Geseßkraft erst verliere, wenn sie durch eine neue Verordnung Er. Majestät ausdrücklich in der Geseßsammlung aufgehoben sei. Der Nothstand, auf dessen Vorhandensein die Verordnung sich berufe, bedürfe keiner Illustrierung. Die königstreuen Männer würden unablässig und auf die bestmögliche Weise von der Presse angegriffen, und dadurch in ihren Rechten u. Freiheiten gekränkt. Die Brutalität des niederen Volkes auf den Straßen werde immer größer, von Tag zu Tag nehme die Aktion des Messers zu. — Wenn man übrigens die „Volkszeitung“ ansehe, so finde man, daß die freie Bewegung der Presse nicht gehemmt sei, wie die acht Artikel „Ueber die Sterblichkeit im Militär“ beweisen. Es sei dem gegenüber wünschenswerth, daß die Verordnung gelte, bis ein Gesetz an ihre Stelle trete, denn sonst könne er nur rathe, von Landtag zu Landtag neue Presseverordnungen zu octroyiren. Er bedaure, daß das Haus gezwungen sei, sich mit einem zum Theil gar nicht sauberen Gegenstande zu befassen; denn der Theil der Tagespresse, welcher hier in Betracht komme, sei nur eine Abart, nur eine Schmarbropflanze, mit deren Pflege Unmüßiggänger ihre Tage verderben, während er von Herzen bereit sei, die Verdienste der guten Presse um Bildung, Wissenschaft und Kunst gern anzuerkennen; freue er sich doch jedesmal, wenn er des Morgens die Dorflieder mit ihren Blüthen unterm Arme zur Schule gehen sehe.

Man habe die Pressefreiheit unter Friedrich dem Großen präconisirt, man habe dabei aber verschwiegen, wie der große König Ausbreitungen der Presse entschieden zurückgebrängt, und in Folge einer Fälschung am 5. Juni 1740 durch die Minister v. Bodelschwingh und v. Seelow die für den Artikel „Berlin“ den berliner Zeitungen gewährte Censurfreiheit, bereits im Dezember desselben Jahres wiederhergestellt habe. Die demokratischen Blätter hätten in frecher Weise die Staatsregierung geschmäht, einen Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig erklärt, was in England mehrjährige Gefängnisstrafe und harte Geldbuße nach sich gezogen hätte, bei uns straflos sei. Der Herr Kriegsminister v. Roon habe es dulden müssen, daß man ihn einen Trappisten genannt, daß man ihm vorgeworfen, er habe nie einen patriotischen Schritt gethan. Die Artikel der „Volkszeitung“ über die Sterblichkeit im Militär hätten in manchen Truppendisciplin u. Rationnements angeregt, neben welchen die Offiziersreife kaum bestehen könne. Friedrich der Große habe gesagt: „In meiner Armee raisonnirt Niemand.“ — Die Soldaten Sr. Majestät seien „Scheren des Absolutismus“ gehalten worden; darin liege zugleich eine Beileidigung Sr. Majestät des Königs. Er wünsche, daß sogar in den Kirchen für die Befestigung des Nothstandes gebetet werde, denn die Presseangelegenheit sei nur ein Krieg der Demokratie gegen das Königthum!

Herr v. Diergardt: Er habe sich beim Erscheinen der Presseverordnung zur besonderen Aufgabe gemacht, die Wirkungen derselben in seiner heimathlichen Provinz zu beobachten und er könne versichern, daß die Mißstimmung der Rheinprovinz gegen die Staatsregierung — nicht gegen Sr. Majestät — durch die Verordnung in sehr bedenklicher Weise gesteigert worden sei. In einem Augenblick, wo die politische Lage Europas in Tagesfrist sich zu einer verhängnisvollen gestalten könnte, halte er es gerade von seinem conservativen Standpunkte aus für seine Pflicht, seine Bedenken gegen die Verordnung zur Geltung zu bringen; er werde gegen die Genehmigung derselben stimmen.

Hr. v. Below: Er sei dasjenige Mitglied der Commission gewesen, welches im Jahre 1860 und auch schon 1856 für die Pressefreiheit eingetreten sei und auf dessen Worte sich Hr. Camphausen bezogen habe. Damals hätten ihn besondere Gründe dazu veranlaßt. Im Jahre 1856 hätten sämtliche Zeitungs-Redacture, mit Ausnahme eines einzigen, im Vorzimmer des Polizei-Präsidenten antichambriert. Die Ausnahme sei der Redacteur der „Kreuz-Zeitung“ gewesen, der deshalb — auch von allen Seiten verfolgt worden wäre. Sämtliche Zeitungen hätten damals also unter den Androhungen des Polizei-Präsidenten gestanden, und darum sei er dafür eingetreten, die Befugnisse der Verwaltungsbehörden dem Richter zu überweisen. Die jetzige Presse-Verordnung stehe auf einem ganz anderen Standpunkte; sie unterwerfe die Presse nicht dem Ermessen einer einzelnen Person, sondern den Regierungs-Collegien als Vertretern des öffentlichen Rechts. Das sei ein großer Vorzug.

Als die Verfassung entworfen worden sei, da habe im ganzen Lande der Glaube an die Unparteilichkeit des preuß. Richterstandes existirt; er müsse es an dieser Stelle aussprechen: auf politischem Gebiete existire die Unparteilichkeit des preußischen Richterstandes nicht mehr. (Beifall rechts.)

Wenn der alte preussische Richterstand auf allen Gebieten erhalten werden solle, müße der Richter frei gemacht werden von der politischen Beweis-

gung. Er erkenne einen Nothstand namentlich um deshalb an, weil wegen der Verdunkelung, welche in politischer Beziehung bestehe, eine wirkliche Handhabung der Gesetzgebung nicht ausführbar sei. Das Haus dürfe die Sache nicht abstoßend beurtheilen, nicht jede seine Wendung der Verfassung erörtern, sondern das Haus müsse als Jury aburtheilen, und von diesem Gesichtspunkte aus unterbreite er den Bericht und die Anträge der Comm.

Herr v. Bernuth: Es seien hier Vorwürfe gegen den preussischen Nichterstand ausgesprochen, die nicht hätten laut werden sollen. Von keiner Seite sei darauf, wie er gewünscht hätte, eine Erörterung erfolgt. Diesen Beziehungen stehe er gegenüber fern, aber es habe eine lange Zeit gegeben, wo er mitten in diesen Verhältnissen stand. Er habe auch dort manche nicht erfreuliche Erfahrung gemacht, aber er müsse dennoch hier ein Wort erheben zum Schutze des preussischen Nichterstandes in seiner großen Majorität. Er könne die Forderung nicht zugeben, die der Vorredner gezogen habe. Derselbe habe den Nichterstand der Verwaltungsbehörden als Vertreter des öffentlichen Rechtes gegenüber gestellt. Wenn in solcher Weise die Entscheidung über die Ausschreitungen der Presse den Verwaltungsbehörden übertragen werde, so frage er, welche höhere Sicherheit diese Behörden gewähren, als die ordentlichen Richter.

Wolle man bei diesen Collegien gewisse Ansichten vertreten sehen, welche man bei den Richtern verdamme? Die Frage sei bisher mehr vom Standpunkte der Utilität, als vom Standpunkte des Rechts aus beleuchtet worden; er habe die Absicht, nur den Rechtsstandpunkt zu wahren und auf diesen Punkt möchte er die Debatte zurückführen. Er sei weit entfernt, die früheren Zustände der Presse hier in Schutz zu nehmen; er erkenne vielmehr an, daß die Presse vielfach Tadel verdient habe; er erkenne auch die Mängel des Preßgesetzes an, aber andererseits sei schon darauf hingewiesen, daß der Zustand der Presse auf Gründe zurückgeführt werden müsse, die eine weit tiefere Bedeutung hätten. Das dürfe nicht unterwogen bleiben bei Beurtheilung unserer Preßzustände, wenn auch ein Redner dagegen Protest eingelegt habe, daß man sich auf die öffentliche Meinung berufe. Er erkenne in der öffentlichen Meinung einen Factor des Staatslebens, dem Niemand sich auf die Dauer werde entgegenstellen können, ohne Schaden zu leiden. Er trete also hier nicht als Vorkämpfer für die Presse ein, aber er müsse die Frage stellen, ob der Zustand ein solcher gewesen sei, daß er eine Octroyirung erfordere. Nach gewissenhafter Erwägung dieser Frage müsse er dieselbe verneinen, und trete in dieser Beziehung mit Herrn v. Zander in direkten Widerspruch.

Der Argumentation des Herrn v. Zander, wenn er sie sonst richtig verstanden, in Bezug auf die Artikel 7 und 8 der Verfassung, müsse er einen entschiedenen Widerspruch entgegenstellen. Herr v. Zander habe gesagt, daß die Verordnung nach Art. 63 Gesetzestraft habe, so seien eben kraft der Verordnung die Verwaltungsbehörden im Sinne des Art. 7 der Verfassung die gesetzlichen Richter für die Presse. Dagegen aber spreche doch ausdrücklich der Art. 86 der Verfassung: „die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfenen Gerichte ausgeübt“, und schon das Landrecht bestimme in dem Th. II. Tit. 17 dasselbe. Das System der Verwarnungen habe in Frankreich, seiner Heimath, nur eine dem Scheine nach freie Presse erzeugt. In Preußen habe man seit dem 17. December v. J. das Verwarnungssystem aufgegeben und die Gerichtsbarkeit über die Presse den Gerichten übertragen. Es habe auf ihn einen peinlichen Eindruck gemacht, daselbe System, welches nach den ausführlichsten Verhandlungen im österreichischen Reichsrathe fast ohne Widerrede als durchaus unhaltbar befichtigt worden ist, dieses so zu sagen banteristische System nach fünf Monaten in Preußen wieder eingeführt zu sehen. Da nach seiner Auffassung die gewichtigsten Rechtsgründe nicht gestatteten, eine solche Verordnung zu octroyiren, so befände er sich in der Nothwendigkeit, gegen den ersten Antrag der Commission zu stimmen. Was den zweiten Antrag betreffe, so habe er vielleicht kein eigentliches Verständnis.

Nach Art. 63 der Verfassungsurkunde seien derartige Verordnungen den Kammern sofort nach ihrem Zusammentritt vorzulegen, und diese hätten dieselben dann zu genehmigen oder nicht; eine weitere Aufgabe liege dem Hause nicht ob; er werde sich daher die Erwägung vorbehalten, ob er bei der Abstimmung über den zweiten Antrag mit „Nein“ stimme oder sich der Abstimmung enthalten müsse.

Regierungs-Commissar, Regierungs-Adjunct Jacob. Man habe von verschiedenen Seiten geltend gemacht, die Verfassung lasse im Art. 27 Beschränkungen der Presse nur im Wege der Gesetzgebung und nicht der Verordnungen zu. Allein die ältere Gesetzgebung und die Verfassung kenne einen solchen Unterschied nicht, wie Redner in längerer Ausführung an verschiedenen Artikeln der Verfassung nachzuweisen sucht. Art. 63 habe den Sinn, eine Verordnung habe Gesetzeskraft, so weit sie nicht der Verfassung zuwiderlaufe. Es sei in den Jahren 1848–1850 weber mit dem Rechtszustande, noch mit dem Sprachgebrauche tabula rasa gemacht worden. Bei den Vorarbeiten für Art. 63 sei bedenklich gewesen, daß damals beide Kammern den Antrag: „Es solle nicht octroyirt werden dürfen, wenn die Octroyirung gegen die Verfassung verstoße, sondern auch nicht, wo die Verfassung ein Gesetz verlange“, abgelehnt haben, und es sei mithin die geltend gemachte Auffassung nicht als formulirtes Recht angenommen worden. Unser ganzer gegenwärtiger Zustand sei eigentlich ein octroyirt.

Im Juni 1850 sei in ähnlicher Weise eine Preßverordnung octroyirt worden, und obgleich ein Haus die Dringlichkeit dieser Octroyirung nicht anerkannt habe, so habe doch keines die Verfassungsmäßigkeit derselben bestritten. Dergleichen seien auf anderen Gebieten königl. Verordnungen ohne Widerspruch erlassen worden; ja eine Verordnung über Kriegseinstellungen und Entschädigungen habe die Zustimmung beider Häuser gefunden trotz ähnlichen Widerspruches von Seiten einzelner Mitglieder des einen Hauses. Es sei ausdrücklich anerkannt worden, daß auf dem Gebiete der Preßgesetzgebung auch Verordnungen Geltung mit Gesetzeskraft haben dürfen. — Schon bei Emanation der Verf. sei der Sinn des Art. 28 allgemein dahin gefaßt worden: „es müsse ausgegangen werden von allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen.“ — Auch an Art. 7, 8, 86 u. 96 knüpft der Redner eben dahin zielende Erörterungen, wiederholt die Erklärung, das Ministerium sei bei Erlaß der Verordnung von der Voraussetzung eines wirklichen Nothstandes ausgegangen, und schließt mit dem Hinweis auf Oesterreich, wo Preßvergehen nicht wie bei uns mit geringfügigen Geldbußen, sondern in ganz anderer Weise mit langer Kerkerhaft bestraft würden, wie dies von der demokratischen Presse selber zugegeben werde.

Justizminister Graf zu Eppke: Die Regierung habe bei Emanation der Verordnung nicht die persönliche Stellung der Richter im Auge gehabt, wie auch die Preßnobelle darüber, in der den Richtern die Gerichtsbarkeit übertragen werde. Auch die Denkschrift, welche die Verordnung begleitet, bestätige das. Nicht die Person der Richter, sondern die bisherige Lage der Preßgesetzgebung, die Niemanden so eigentlich recht verantwortlich mache für ein Preßvergehen, sei ein Zeichen des Nothstandes gewesen. Die Regierung habe die Sache überhies rein von der gewerblichen Seite zu erfassen gesucht. Er müsse auch seinerseits die Richter gegen den ihnen gemachten harten Vorwurf schützen. Er gebe zu, daß auch Richter sich hätten Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen und er habe selbst mehrfach seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die Richter an ihrer Unparteilichkeit leiden müßten, wenn sie sich, wie es Einzelne leider gethan, allzufehr in das politische Parteigetriebe einließen; aber einen generellen Vorwurf dürfe man daraus nicht herleiten.

Der Schluß der Discussion wird beantragt, und da er einzige zum Worte notirte Redner Dr. Göbe verzichtet, ausgesprochen.

Hr. Dr. v. Zander bestätigt thatsächlich, daß ihn Hr. v. Bernuth richtig aufgefaßt habe.

Berichterstatter Dr. v. Daniels hält den Gegenstand für erschöpft. Es entspreche nicht einer richtigen Interpretation, wenn man, wie es geschehen, einzelne Artikel der Verfassung aus dem Zusammenhang reiße, um die Verfassungswidrigkeit der Verordnung darzuthun.

Die Abstimmung findet über beide Anträge der Commission gefordert statt, und zwar über den ersten (auf Genehmigung der Verordnung vom 1. Juni) durch Namensaufruf. Mit „Ja“ stimmen 77 Mitglieder, mit „Nein“ 8, nämlich die Herren: v. Bernuth, Blömer, Camphausen (Köln), Freiherr v. Diergardt, v. Flemming, v. Gruner, Jähning und Dr. Teltkamp. Ueber den zweiten Antrag (auf provisorische Rechtsgiltigkeit der Verordnung bis die Preßnobelle Reichsrecht erlangt) wird die ebenfalls beantragte namentliche Abstimmung nicht beliebt; derselbe wird mit großer Majorität angenommen.

Der Präsident erklärt, daß er dem andern Hause von diesen Beschlüssen sofort Mittheilung machen werde.

Es erfolgt darauf die Wahl dreier Schriftführer. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Preß-Debatte, wird auf die morgende Sitzung vertagt, in welcher auch das Resultat jener Wahl dem Hause mitgetheilt werden wird.

Schluß der Sitzung: 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr.

[Der morgen im Hause der Abgeordneten zur Verhandlung kommende Antrag] der Referenten Simson und Gneist in Sachen der Preßverordnung vom 1. Juni lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1. auf Grund des Art. 63 der Verfassung zu erklären: Das Haus der Abgeordneten verurtheilt die unter Bezugnahme auf Art. 63 der Ver-

fassung erlassenen Verordnung vom 1. Juni 1863 seine Genehmigung; 2. auf Grund des Art. 106 der Verfassung zu erklären: 1) Die Verordnung vom 1. Juni 1863 war weder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, noch zur Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes erforderlich. 2) Eine Beschränkung der Pressefreiheit könnte auf dem Wege der Verordnung überhaupt nicht erfolgen. 3) Die Verordnung vom 1. Juni 1863 ist auch ihrem Inhalte nach der Verfassung zuwiderlaufend.“

[Se. Maj. der König] sind gestern Abend, aus dem Grunewald kommend, wieder in Berlin eingetroffen. Heute Vormittag nahm Se. Majestät die laufenden Vorträge entgegen und ertheilte mehrere Audienzen. Allerhöchstderselbe hat Seine Residenz nun wieder von Babelsberg nach Berlin verlegt.

[Ihre Maj. die Königin] gedenkt, dem Vernehmen nach, Ende künftiger Woche nach Berlin zurückzukehren.

[Der Minister-Präsident von Bismarck] hat heute Vormittag, wie bereits telegraphisch gemeldet, den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg empfangen und darauf längere Zeit mit dem kaiserl. russ. Gesandten und dem kaiserl. franz. Vorkämpfer conferirt.

[Die Schleswig-holsteinische Frage] nimmt, wie die „Nordd. A. Z.“ (s. d. telegr. Dep. im heutigen Morgenbl.) schreibt, durch die Thronbesteigung des Königs Christian IX. einen internationalen Charakter an. Sie dreht sich nicht mehr bloß um die Ordnung einer bundesstaatlichen Angelegenheit, d. h. um die Regulirung des Verhältnisses der Herzogthümer, sondern zugleich um die Prüfung der Rechtsbeständigkeit des londoner Protokolls, welches den Prinzen Christian von Glücksburg zum Nachfolger des Königs Friedrich VII. designirt hat. Es ist zu bezweifeln, daß die Thronfolge des neuen Königs ohne Einspruch bleiben wird. Vielmehr steht zu erwarten, daß der Sohn des Herzogs v. Augustenburg in Verfolg seines gegen das london. Protokoll eingebrachten Protestes, seine Ansprüche auf die Erfolge in den Herzogthümern geltend machen wird. Daß der Protokollprinz in Kopenhagen als König proklamirt worden ist, Sache der Dänen. Es fragt sich aber, ob der deutsche Bund ihn in der Eigenschaft als Herzog von Schleswig-Holstein und somit als deutschen Fürsten anerkennen wird. Wenigstens ist der Bund in keiner Weise dazu völkerrechtlich verpflichtet, da von seiner Seite das Protokoll nicht genehmigt ist. Auch die Herzogthümer sind nicht an den londoner Tractat gebunden, da die Stände, welche verfassungsmäßig ihre Genehmigung zu der veränderten Erbfolgeordnung zu ertheilen hatten, um diese nicht angegangen worden sind. Was die beiden deutschen Großmächte betrifft, die das Protokoll mit unterzeichnet haben, so sind auch sie ihrer dadurch eingegangenen Verpflichtung ledig, weil sie eine solche nur unter der Bedingung übernommen haben, daß Dänemark seine in den Jahren 1851–52 übernommenen Pflichten gegen den deutschen Bund in Bezug auf die Herzogthümer erfüllen würde. Der Art. III. des Protokolls bestimmt ausdrücklich, daß durch den Vertrag die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte Dänemarks und des Bundes nicht verändert werden sollen. Es ist aber bekannt, wie die Vereinbarungen von 1851–52 von Dänemark beachtet und durch das Patent vom 30. März d. J. und durch die Abstimmung über das Reichsgrundgesetz ganz aufgehoben worden sind. Vor der Entscheidung über die Thronfolge treten daher die andern schwebenden Differenzen jurist.

[Rüstungen.] Der telegr. gemeldete Artikel der „Kreuzzeitung“ lautet wie folgt: Sicherem Vernehmen nach wird jetzt die Thätigkeit des Kriegs- und Marine-Ministeriums in Anspruch genommen durch die Vorbereitung für den, wie es scheint, nicht mehr vermeintlichen Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark. Wie man hört, sollen die 6. und 13. Division den Befehl zur Kriegsbereitschaft bereits erhalten haben; auch sind die entsprechenden Dispositionen für die Indienststellung und Concentrirung unserer Kriegsmarine bereits erlassen.

[Falsche Banknoten.] Bei den Kassen der preuß. Bank ist neuerdings eine neue bisher unbekannte Art falscher preuß. Fünfundzwanzig-Thaler-Banknoten vorgekommen, die nicht, wie die bisherigen falschen Sorten, sich durch ein lappiges Papier kenntlich macht, sondern schönes glattes Papier hat und nur im Druck ein wenig weißlicher als die echten Noten ist.

Danig, 17. Nov. [Marine.] Die Schrauben-Corvette „Nymphen“, welche im Begriff stand, nach Swinemünde abzugehen, hat Contreordre erhalten. (D. D.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Novbr. [Regierungsantritts-Patent Friedrichs, Herzogs von Schleswig-Holstein.] Die heutige „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes Regierungsantritts-Patent:

„Schleswig-Holsteiner!“ Der letzte Fürst der dänischen Linie Eures Regentenhauses ist dahin gegangen. Kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des oldenburgischen Hauses, kraft der Ordnungen, welche die Schleswig-holsteinische Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde, erkläre ich hierdurch als erstgeborener Prinz der nächsten Linie des oldenburgischen Hauses, daß ich die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein antrete, und damit die Rechte und Pflichten übernehme, welche die Vorsehung meinem Hause und zunächst mir überwiesen hat. Ich weiß, daß diese Pflichten in schwerer Zeit an mich herantreten, ich weiß, daß zur Durchführung meines und Eures Rechtes mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht, als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit alter und neuer Eide und Eurer Ueberzeugung von der Festigkeit des Bundes, welches mein Geschick und das Eure vereint. Ihr habt bis jetzt Ungerechtigkeit ebenso mannhaft getragen, als Ihr mannhaft gekämpft hattet, Ungerechtigkeit abzuwehren. Für das Joch, das man Euch auflegte, gab bis jetzt ein unbestrittenes Recht den Vorwand, denn der König von Dänemark war zugleich Euer Herzog.

Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat, und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen.

Ich kann Euch jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt, Ihr habt keine Waffen. Mir liegt deshalb vor Allem ob, die Regierungen des Bundes um Schutz meines Regierungsrechtes und Eurer nationalen Rechte anzusprechen. Der deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegen getreten. Die Ordnung, auf welcher die Regierungen Deutschlands ruhen, ist dieselbe, auf der meine Rechte begründet sind, und die Regierungen Europas werden der durch die Erfahrung bestätigten Wahrheit nicht widerstehen, daß ein haltbarer Zustand da nicht dauern kann, wo eine willkürliche Rechtsordnung einem Volke gegen seine geheiligten Wünsche, gegen seine von Gott gesegnete Nationalität, und gegen sein uraltes Recht aufgedrängt werden soll.

Laubenburger! Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage, unterliegt dessen Erbfolge, soweit nicht Rechte anderer Glieder meines Hauses und ältere und begründete Rechte deutscher Regentenhäuser daran haften. Ich gebe Euch das Versprechen, daß ich Euer nationales Recht als mein eigenes betrachte und soweit ich berufen bin, Eure Rechte und Freiheiten beschützen werde.

Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich, für mich und mein Haus zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserem Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetz: Die Verfassung und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.

Schloß Dolzig, am 16. November 1863.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.

Rußland.

Unruhen in Polen.

□ Kalisch, 18. Novbr. [Schüsse in der Stadt. — Gefechte.] Die Einwohner unserer Stadt können sich von dem gestern Gehabten Schrecken bis heute nicht erholen, als auf den Straßen der Stadt laut wurde: „man schläft.“ In der That war es auch so. Gestern Nachmittag in der Dunkelstunde begegnete ein russ. Offizier einem hiesigen Einwohner, welcher nicht im Besitze einer Laterne war; er befahl der eben herbeikomenden Patrouille die Verhaftung derselben vorzunehmen. Letzterer gelang es jedoch durch Flucht zu entkommen; er lief in das auf dem Ringe gelegene Wohnhaus des Kaufmanns R. S. Der Offizier hatte nichts Gütigeres zu thun, als demselben zwei Schüsse nachzusetzen, welche ihren Zweck verfehlten, so daß kein Menschenleben zu beklagen ist. Alles flüchtete sich in die Häuser, und es vergingen kaum fünf Minuten, so wurde keine menschliche Seele mehr auf den Straßen gesehen. Der Offizier, welchem im günstigsten Falle, wegen dieses Vorgehens eine Verwundung zu Theil werden könnte, oder vielleicht zwei Tage Arrest suchte sich in so fern vor der Hand aus der Schlinge zu ziehen, daß er den Hausbesitzer Kaufmann R. S., zu dem sich der Verfolgte flüchtete, bei dem Gouverneur denuncirte, daß aus dem Hause selbst geschossen worden sei. In Folge dieser Denunciation wurde natürlich eine Hausdurchsuchung vorgenommen, welche bis nach Mitternacht währte, ohne daß irgend etwas Verdächtiges gefunden wurde. Trotzdem sollte das Haus confiscirt und zu einer Kaserne umgewandelt werden, jedoch durch Augenzeugen, welche sich massenhaft freiwillig stellten, gelang es, den Offizier als Thäter selbst überführen zu können. — In unserer Wojwodschast kam es dieser Tage wieder bei Warta und Blaske zu ersten Gefechten zwischen Russen und Polen. Letztere, der großen Uebermacht nicht gewachsen, zogen sich mit Verlusten an Todten und Verwundeten zurück. Russischerseits sind auch Mehrere gefallen und verwundet; man brachte vorgestern mehrere Wagen mit Verwundeten hierher.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Bar. vometer.	Luft-Temperatur.	Windsrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 18. Nov. 10 U. Abg.	336,58	+6,4	N. 2.	Begnigt.
19. Novbr. 6 U. Morg.	337,14	+6,0	N. 1.	Trübe.

Breslau, 19. Nov. [Wasserstand.] O.-R. 13 F. 6 Z. U.-R. — 8. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 18. Novbr., Nachm. 3 Uhr. Die Börse eröffnete in matter Haltung zu 67, 05; man befürchtete neue Maßregeln der Bank; später stieg dieselbe auf 67, 25 und schloß zu diesem Course in fester Haltung. Während andere Wertpapiere sich etwas höher stellten, sank die österreich. Staatsbahn bei Angeboten. Consols vom Mittags 12 Uhr waren 91¼ eingetroffen. Schlus-Course: 3proz. Rente 67, 25. Italien. 5proz. Rente 72, 10. Italien. neueste Anleihe —. 3proz. Spanien 51¼. 1proz. Spanien —. Oester. Staats-Eisenb.-Aktien 395, —. Credit-Mobilier-Aktien 1090, —. Lombard. Eisenb.-Aktien 530, —.

London, 18. Nov., Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 47. Consols 91¼. 1proz. Spanien 46¼. Mexitaner 37¼. 5proz. Russen 91. Neue Aukien 86. Sardinier 89.

Wescheleours auf London 160¼, Goldagio 46. — Der Dampfer „Indiana“ ist mit der Post vom 9. Oktbr. vom Cap eingetroffen. — Der Postdampfer „Cina“ mit 146,000 Doll. an Contanten hat neuerlicher Nachrichten vom 9. d. nach Corl gebracht.

Wien, 18. Nov., Nachm. 12½ Uhr. Valuten begehrt. 5prozentige Metalliques 72, 65. 4½proz. Metalliques 64, 50. 1854er Loose 88, —. Bank-Aktien 770, —. Nordbahn 167, 50. National-Anleihen 79, 60. Credit-Aktien 179, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 188, 50. London 120, 50. Hamburg 91, —. Paris 47, 70. Gold —. Böhmische Westbahn 149, 75. Neue Loose 136, 90. 1860er Loose 93, —. Lomb. Eisenbahn 250, —.

Frankfurt a. M., 18. Nov., Nachmitt. 2½ Uhr. Oesterreichische Effekten auf niedrigere auswärtige Notierungen rückgängig. Zinnl. Anl. 84¼. Schlus-Course: Ludwigshafen — Verbach 137¼. Wiener Wechsel 95¼. Darmst. Bank-Aktien 205. Darmst. Rettel-Bank 248. 5proz. Metalliques 58. 4½prozentige Metalliques 50¼. 1854er Loose 71¼. Oesterreichische National-Anleihe 63¼. Oester. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien —. Oester. Reichs-Bantantelle 738. Oesterreich. Credit-Aktien 172. Neueste österreichische Anleihe 76¼. Oester. Elisabethbahn —. Rhein-Maschinen 26. Heftige Ludwigshafen 125¼.

Hamburg, 18. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs fester, dann matt, schloß fest. Viehmehrs Geschäft. Geld eher reichlicher. Zinnl. Anleihe 83. Schlus-Course: National-Anleihe 67 nom. Oester. Credit-Aktien 73. Vereinsbank 104. Norddeutsche Bank 102¼. Rheinische 93¼ B. Nordbahn 56¼. Disconto —.

Hamburg, 18. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, ruhig. Roggen loco unverändert, Preise weniger fest gehalten. Del unverändert, loco und pr. Nov. 24¼ Br., pr. Mai 25¼. Raffee, verkauft schwindend eine Ladung Rio 2800 Sad loco, 1500 Sad Maracaibo, 500 Sad Domingo; Preise unbekannt. Zuder bewegt, wiederum 8 Schill. höher. Zint 1000 Ctr. Frühljahr 11¼.

Liverpool, 18. Novbr. [Baumwolle.] 2500 Ballen Umsag. — Matte faltung.

London, 18. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizenmarkt beschränkt aber fest. Frühljahrsgetreide fest. — Wetter trübe.

Breslau, 19. Novbr. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 6° Wärme. Der heutige Markt verlief bei nicht belangreichen Angeboten und ruhiger Kauflust in vorherrschend matter Stimmung.

Weizen wenig beachtet, pr. 84 Pfd. weißer 54–67 Sgr., gelber 53–62 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen luflos, pr. 84 Pfd. 40–43–45 Sgr. — Gerste vernachlässigt, pr. 70 Pfd. weißer 36–38 Sgr., gewöhnliche 30–35 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 26–28 Sgr. — Erbsen ohne Beachtung. — Wicken fehlen. — Schleifische Bohnen still. — Schlaglein, feinste Sorten beachtet. — Delsaaten preishaltend. — Rapskuchen fest. 49–53 Sgr. pr. Ctr.

Sgr. pr. Sack. Sgr. pr. Schff. Weißer Weizen 54–60–67 Widen 45–47–50 Gelber Weizen 53–58–62 Sgr. pr. Sack a 150 Pfd. Brutto, Roggen 40–43–45 Schlag-Weizen 165–175–190 Gerste 30–35–38 Winter-Mais 198–206–216 Hafer 25–27–28 Winter-Rüben 182–192–204 Erbsen 46–52–56 Sommer-Rüben 153–163–176

Kleesaat stilles Geschäft, rothe ordinäre 10–10¼, mittlere 11 bis 11¼, feine 12–12¼, hochfeine 13–13¼, weisse ordinäre 10–12¼, mittlere 13–15¼, feine 16¼–17¼, hochfeine 18–19 Pfd. pr. Ctr.

Thymothee 5¼–7¼ Pfd. pr. Centner. Kartoffeln pr. Sack a 150 Pfd. Netto 24–30 Sgr., Mehe 1¼–1½ Sgr.

Bor der Börse. Robes Käbel pr. Ctr. loco und November 11¼ Pfd., pr. Frühljahr 11¼ Pfd. — Spiritus pr. 100 Quart a 80 % Tralles loco 13¼ Pfd., Termine 13¼ Pfd., Frühljahr 14¼ Pfd.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.